



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermündigen

⇒ noch nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2025/2

Datum/Zeit	Donnerstag, 20. März 2025, 18:00 - 20:00 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermündigen	
Vorsitz	Feller Daniela (FDP)	1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP)	
	Buri Peter (SP)	
	Dähler Stefanie (SP)	
	Dressler Yasmin (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Mordasini Mattia (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Renner Jörg (SP)	
	Schneider Maja (SP)	
	Stalder Sarah (SP)	11
	Andres Angelo (SVP)	
	Brunner Franziska (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (SVP)	ab 18:15 Uhr
	Herren Marisa (SVP)	
	Rutsch Adrian (SVP)	
	Steiner Ulrich (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	9
	Raass Leena (glp)	
	Schmid Alexander (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	5
	Lanz Lukas (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	2
	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Gimmel Benjamin (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Brechbühl Kerstin (Mitte)	
	Filep Béla (Mitte)	
	Löhner-Marti Sandra (Mitte)	
	Mitter Michael (Mitte)	4
	Burr Furrer Christian (Grüne)	
	Ernst Kathrin (Grüne)	
	Tanner Adrian (Grüne)	3

	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	<u>39</u>
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Selmani Emsale (SP) und Wipfli Hans (SVP)	
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara	
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.	
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Alberucci Luca (glp) Mitglieder GR: Panayides Aliko (SVP)	

TRAKTANDEN

9.	Behindertengleichstellungsgesetz: Bushaltestellen Oberdorf; Genehmigung Investitionskredit	25
10.	Wiesenstrasse - Bernstrasse: Ersatz der öffentlichen Wasserleitungen sowie Ersatz der Strassenbeläge; Genehmigung Nachkredit	28
11.	Besondere Volksschule Ostermundigen; Schultransport; Genehmigung Verpflichtungskredit.....	30
12.	Überparteiliche Motion betreffend Klimaschutz als Querschnittsthema; Umsetzung und Abschreibung	32
13.	Überparteiliche Motion betreffend zwei Lesungen zum Budget im GGR ermöglichen; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	35
14.	Überparteiliche Motion für die Pflanzung von Bäumen im Freibad Ostermundigen; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	38
15.	Überparteiliche Richtlinienmotion betreffend zuerst Besetzung von vakanten Stellen vor Schaffung von neuen Stellen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	42

16.	Überparteiliches Postulat betreffend Einrichtung von Schliessfächern für Sport- und Freizeitgeräte in der Gemeinde Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung	44
17.	Überparteiliches Postulat betreffend StellvertreterInnenregelung für den GGR; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	46
18.	Überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025; parlamentarischer Neueingang	50
19.	Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug; parlamentarischer Neueingang	51
20.	Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe nach Einbürgerung; parlamentarischer Neueingang	52
21.	Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen; parlamentarischer Neueingang	53
22.	Interpellationen SP/Grüne-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; parlamentarischer Neueingang	54
23.	Überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass; parlamentarischer Neueingang	56
a)	Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	57

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2025. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **38 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

1. Anstelle eines GGR-Ausflugs ist geplant - am Freitag, 27. Juni 2025 ab 17.30 Uhr - ein GGR-Grillfest durchzuführen.

→ Bitte reserviert euch bereits heute diesen Termin.

→ Nähere Informationen folgen.

2. Bekanntgabe der **Abstimmungsergebnisse**:

① Ich bitte euch, zu berücksichtigen, dass ich zwar als anwesend gezählt werde, aber selbst nicht abstimmen kann; ausser bei Stimmgleichheit den Stichentscheid fällen.

① Es kann vorkommen, dass die Zahlen der Ja- und den Nein-Stimmen nicht mit den anwesenden GGR-Mitgliedern übereinstimmen.

Wichtig ist: **Enthaltungen werden nicht ausgezählt**, ausser bei Geschäften zuhanden einer notwendigen Volksabstimmung. Bei diesen Geschäften werden die "Enthaltungen" gezählt.

3. Die nächste GGR-Sitzung findet am 1. Mai 2025 statt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Das Traktandum Nr. 18 "Orientierungen des Gemeinderates" entfällt.

Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste Nr. 2 wird einstimmig genehmigt.

Axioma #9159

40.1.12 Strassen, Allgemeines

9. Behindertengleichstellungsgesetz: Bushaltestellen Oberdorf; Genehmigung Investitionskredit

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Geschätzte Ratspräsidentin, liebe Mitglieder des Grossen Gemeinderats, erlauben Sie mir kurz zwei, drei Worte zu sagen zur Umsetzung dieses "Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG)", sowie über den Investitionskredit, den wir heute Abend diskutieren.

Das BehiG wurde 2003 verabschiedet; also vor mehr als zwanzig Jahren. Die Gemeinden hatten 20 Jahre Zeit, um ihre Anpassungen vorzunehmen. Heute - im Jahre 2025 sind wir also zu spät und wir sind nicht die Einzigen, die zu spät sind.

Es ist viel Geld pro Bushaltestelle vorgesehen, das jetzt in knapper Zeit zusammenkommt, deshalb hier die Übersichten per Visualizer, damit Ihr nochmals sehen könnt, was schon gemacht ist und was jetzt noch in Verzug ist.

Alles, was mit dem "Tram Bern-Ostermundigen" zusammenfällt, wird in Provisorien gebaut, oder wird nachher direkt mit dem Tram gemacht. Die blauen Punkte sind jene, die bewilligt sind und sich jetzt in der Umsetzung befinden. Die letzten schwarze Punkte sind aus diversen Gründen noch nicht in diesem Prozess angekommen. Entweder haben wir technische Schwierigkeiten, diese überhaupt zu realisieren, oder sie werden im Rahmen von Überbauungsordnungen nachher realisiert.

Alle Haltestellen werden von der Abteilung Tiefbau und Betriebe geprüft. Gemäss Vorgabe des Kantons ist es verhältnismässig, dass man bei der Umsetzung die Frequenz der Busse berücksichtigt. Die Haltestelle, über die wir heute Abend befinden, ist relevant und fällt in diese Verhältnismässigkeit. Das heisst, der Kanton sagt, die Gemeinde muss diese Haltestelle behindertengerecht umsetzen.

Aus allen den erwähnten Gründen legen wir dem GGR nahe, diesen Investitionskredit zuzustimmen.

1. Vizepräsident Gerhard Zaugg (SVP): Das Geschäft wird von der SVP-Fraktion befürwortet, nicht ohne auf zwei Punkte hinzuweisen:

1. Die "Honorarkosten für Ingenieur, Oberbauleitung und Baugesuchverfahren" von 40'000 Franken sowie die "Interne Projektbetreuung" von 15'000 Franken machen ganze 21,15 % des Kostenvoranschlags aus. Das ist exorbitant hoch. Gleiches wurde auch schon in anderen Projekten moniert.
2. Die Kosten für die interne Projektbetreuung unterstehen nicht der Mehrwertsteuer, wurden aber bei den Positionen auf Seite 3/5 so ausgewiesen. Anlässlich der GPK-Sitzung wurde informiert, dass aufgrund von Fachkräftemangel in der zuständigen Abteilung die Projektbetreuung extern vergeben werden musste. Hätte man nun anstelle von „Intern“

„Extern“ notiert, wäre die Sache klar gewesen. Dies ist als "kleiner Wink mit dem Garagentor" zu verstehen.

Michael Mitter (Mitte): Die Mitte-Fraktion wird den Investitionskredit genehmigen.

Wir finden es wichtig, dass die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes möglichst bald umgesetzt werden. Wenn wir diesen Kredit gutheissen, können wir einen Mosaikstein hinzufügen.

Die Abteilung Tiefbau hat auch die Planung für die Haltestellen Waldheimstrasse und Hubel in Angriff genommen. Es werden also weitere Mosaiksteine folgen und zeigen, dass wir in Ostermundigen mit dem BehiG vorwärts machen, und nicht wie in den sozialen Medien beklagt, nur beim Gemeindepräsidenten zuhause.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion wird dem Kredit für die Bushaltestelle "Oberdorf" zustimmen.

Behindertengerechte Haltestellen sind ein «must have» und das an allen Haltestellen in Ostermundigen. Für Menschen mit Rollstuhl, aber auch mit Rollator, Kinderwagen oder schwere Einkaufswagen ist dies alles andere als ein Luxus.

Wir sind froh, dass die Haltestelle «Oberdorf» nun in beide Richtungen umgestaltet wird.

Ein wichtiger Punkt scheint uns, dass die Bushaltestellen in Ostermundigen gedeckt sind oder zumindest so eingerichtet, dass die Sitzgelegenheit, ob mit fixen Stühlen oder aufklappbaren, nicht nass werden. Dies ist insbesondere für ältere Menschen, die eventuell nicht lange stehen können, zentral.

1)

Peter Buri (SP): Als Mensch mit Behinderungen, der direkt betroffen ist, möchte ich der Gemeinde Ostermundigen meinen herzlichen Dank aussprechen. Es ist erfreulich zu sehen, dass die Gemeinde Ostermundigen das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) sehr ernst nimmt und entsprechende Massnahmen ergreift. Danke schön!

Das BehiG ist seit dem 1. Januar 2004 in Kraft, und die grosszügige Umsetzungsfrist von 20 Jahren ist nun seit rund drei Monaten abgelaufen. Trotzdem sind viele Haltestellen immer noch nicht barrierefrei und die Ziele somit noch nicht ganz erreicht - und das in einem der reichsten Länder der Welt. Dies betrifft nicht nur mich, sondern auch viele andere Mitbürgerinnen und Mitbürger, unabhängig von ihrem Alter. Denn Behinderungen können jeden treffen, auch euch.

Der Investitionskredit für die notwendigen Anpassungen ist bereits im Investitionsplan 2025 - 2030 vorgesehen. Aufgrund des komplizierten Perimeters sind die Kosten minimal höher als bei anderen Bushaltestellen, bleiben aber insgesamt verhältnismässig.

Der Nutzen überwiegt eindeutig, wie der Rat der Botschaft entnehmen konnte.

Ich bitte euch daher eindringlich, dem Investitionskredit zuzustimmen, so wie vom Gemeinderat vorgeschlagen.

1) 18:15 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) nimmt an der Sitzung teil. Neu sind **39 Ratsmitglieder** anwesend.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 38 zu 0 Stimmen (einstimmig) den folgenden

B e s c h l u s s

Zu Lasten der Investitionsrechnung wird für die Erstellung behindertengerechten Bushaltestellen «Oberdorf» ein Investitionskredit von CHF 260'000.00 bewilligt.

Axioma #8407

40.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt

10. Wiesenstrasse - Bernstrasse: Ersatz der öffentlichen Wasserleitungen sowie Ersatz der Strassenbeläge; Genehmigung Nachkredit

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Benjamin Gimmel (EVP): Wir von der EVP-Fraktion unterstützen das Anliegen, insbesondere da dadurch der Hochwasserschutz verbessert und auch das Trottoir saniert wird.

Wir finden es wichtig, dass auch weitere Orte saniert werden, vor allem auch um den Hochwasserschutz zu verbessern. Ein Mitglied unserer Fraktion wohnt am Pappelweg, ihr Keller wurde letztes Jahr zweimal überschwemmt.

Michael Mitter (Mitte): Schon wieder ein Geschäft aus dem Tiefbau, und deshalb stehe ich schon wieder vorne. Es ist vielleicht das letzte Mal heute Abend.

Die Mitte-Fraktion wird auch diesem Kredit zustimmen. Wir finden es richtig, dass nach den Bauarbeiten nochmal geprüft wurde, ob es nicht wirtschaftlicher und nachhaltiger ist, die Strassenbeläge vollflächig zu sanieren. Nur durch die vollflächige Sanierung können die Abflussverhältnisse verbessert und die Überschwemmungsgefahr der Liegenschaften vermindert werden. Ausserdem werden in den folgenden Jahren wesentlich geringere Unterhaltsarbeiten als bei einer Teilsanierung nötig sein.

1. Vizepräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu, hat aber noch einige Anmerkungen. Unseres Erachtens sollten solche künftigen Anträge klarer formuliert werden. z. B.:

- Pkt. 1.1 des Antrages: Absatz 3 der Zusammenfassung „*Gleichzeitig wird der bewilligte ...*“ Ist äusserst verwirrend. Warum soll ein Nachkredit von 135'000 Franken bewilligt werden, wenn die 51'000 Franken für die Beleuchtung wegfallen?
- Pkt. 1.2 des Antrages ist m. E. insoweit nicht korrekt, als dass nicht ein Kredit von 135'000 Franken bewilligt werden soll, sondern lediglich einer von 84'000 Franken.

Es muss in diesem Antrag klar formuliert werden, dass die nicht benötigten, 51'000 Franken keinesfalls für Arbeiten des Strassenbaus verwendet werden dürfen.

- Allenfalls beantragen wir "Rückweisung des Geschäfts" zwecks Bereinigung.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Vielen Dank für die Fragen und Hinweise.

1. Zum Hochwasserschutz: Dieser wird uns in Ostermundigen tatsächlich noch mehr beschäftigen. Das Thema "Schwammstadt" ist in aller Munde und etwas, das wir angehen

müssen. Wir sind nicht ausserhalb und das ist tatsächlich etwas, was uns beschäftigt. Wir hatten im letzten Jahr zwei «200-jährige Ereignisse» mit sehr viel überfluteten Kellern. Wir können nicht alles verhindern, aber es gibt da immer noch Luft nach oben, dessen sind wir uns bewusst.

2. Es ist eben so, dass es verschiedene Konti sind, und wir können nicht einfach nach Lust und Laune sagen: Wir schieben hier hin und her, und wir brauchen nur so viel. Wir müssen "brutto" sagen, wie hoch der Nachkredit sein soll. Wir haben einfach darauf hingewiesen, dass der Betrag von 51 000 Franken für die Beleuchtung sei. Im vorliegenden Fall hat es die Beleuchtung und damit die 84'000 Franken nicht gebraucht, die in der Endabrechnung ausgewiesen werden. Den Mehrbetrag für den Belag müssen wir als Ganzes holen, und deshalb ist das noch nicht verrechnet.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Für die Erneuerung der öffentlichen Strassenbeläge in der Wiesenstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Steuerhaushalts ein Nachkredit von CHF 135'000.00 bewilligt.

Axioma #9952

13.5.42 Sonderklassen jeder Art

11. **Besondere Volksschule Ostermundigen; Schultransport; Genehmigung Verpflichtungskredit**

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Aus Transparenzgründen habe ich eine ergänzende Information, welche die Geschäftsprüfungskommission bereits erhalten hat:

→ Die Zuschlagsverfügung vom 4. Februar 2025 wurde durch die unterliegende Mitbewerberin auf dem zweiten Platz mit Beschwerden angefochten.

Wir sind nach wie vor überzeugt, dass wir alles korrekt gemacht haben. Wir werden eine Beschwerdeantwort einreichen. Wir erachten die Aussichtschancen der Beschwerde als gering. Wir werden mit der obsiegenden Zuschlagsempfängerin einen Vertrag mit einer kurzen Kündigungsklausel abschliessen. Sollte die Beschwerde widererwarten gutgeheissen werden, könnten wir schnell wieder aussteigen. Dieses Vorgehen garantiert uns, dass wir ab Herbst dieses Jahres die Transportleistungen für die besondere Volkshochschule garantieren können.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Wie die Abteilung Bildung, Kultur, Sport ist auch die SVP-Fraktion über die grosse Preisspanne, aber auch über die krassen Qualitätsunterschiede der vier Angebote, erstaunt.

Wir stellen uns die Fragen, ob es sich beim günstigsten eventuell um ein Unterangebot handelt und ob bei der Qualitätsbeurteilung der Angebote nicht «Äpfel mit Birnen» verglichen wurde. Gemäss GPK-Protokoll sollen bei letzterem gar Formfehler vorliegen. Weiter ist in diesem Protokoll zu lesen, dass noch eine Vergabe-Beschwerde beim Regierungsstatthalteramt vorliege.

Gerne erwarten wir heute Antworten auf diese Fragen und entscheiden erst danach über Zustimmung oder Ablehnung des Geschäfts.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Besten Dank für die Fragen aus der SVP-Fraktion:

- Die Submissionen sind nicht einfach durchzuführen.
- Die Preisspanne hat uns ebenfalls erstaunt. Wir haben die Kriterien im Vergabeverfahren bereits am Anfang definiert: 40 % ist der Preis; 60 % sind Qualitätskriterien (z. B. Ausbildungsstand der Fahrerinnen und Fahrer, Kommunikationsmittel; Organisationsachen der Transportunternehmer etc.). Diese wurden auf der "Simap²" öffentlich publiziert.

² simap.ch -> Beschaffungsplattform der öffentlichen Hand

- Bei der obsiegenden Anbieterin haben wir Referenzauskünfte eingeholt. Die Dienstleistungen werden als gut beurteilt. Ein Evaluationsbericht liegt vor. Sämtliche Abklärungen wurde sehr seriös vorgenommen.
- Acht Jahre ist eine lange Frist. Der Grundvertrag wird auf vier Jahre mit Option für weitere vier Jahre abgemacht. Rechtlich sind wir gezwungen, den Gesamtbetrag abzuholen. Die Transportdienstleistungen werden vom Kanton zurückvergütet.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für den Schultransport der besonderen Volksschule Ostermundigen für die Laufzeit des Vertrages vom 01.08.2025 bis 31.07.2033 (acht Schuljahre) wird zulasten der Erfolgsrechnung ein Verpflichtungskredit von CHF 1'902'560.00 inkl. MWSt. genehmigt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Axioma #5314
10.3.72 Motionen

12. Überparteiliche Motion betreffend Klimaschutz als Querschnittsthema; Umsetzung und Abschreibung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die GGR-Botschaft wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Adrian Tanner (Grüne): Die Departementsvorsteherin Hochbau, Emsale Selmani, und die Leiterin Energie, Nachhaltigkeit & Klima, Lea Moser, haben mich im Februar für eine Informationssitzung zu diesem Thema eingeladen - herzlichen Dank nochmals dafür.

Es wurde tatsächlich viel Arbeit geleistet. Neben den Fortschritten Richtung "Energistadt Gold" und der sorgfältigen Berücksichtigung der Nachhaltigkeit bei den Bauprojekten (mit Minergie-A als Standard bei Neubauten) möchte ich z. B. auch den Energiecontainer erwähnen, der z. B. am "Mundige-Fesch" sehr beliebt ist und ein konkretes Gespür dafür abgibt, was Energie ist.

Danke an dieser Stelle für die geleistete Arbeit, sowohl bei der Umsetzung als auch bei der Berichterstattung

Trotzdem möchte ich den Rat bitten, diese Motion nicht abzuschreiben.

Bei vielen Punkten kann tatsächlich argumentiert werden, dass sie nun umgesetzt sind. Ich denke da gerade an die Information der Bevölkerung, auch wenn ich mich da selbst auch noch mehr wünschen würde. Ich sehe in Ostermundigen immer noch mehr Werbung für Autos als für Spaziergänge, um nur ein Beispiel zu nennen.

Doch zwei Punkte der Motion sind, wie uns scheint, objektiv noch nicht erfüllt, und in diesem Zusammenhang schiene es mir ein falsches Signal, die Motion abzuschreiben. Es geht auch um unsere Glaubwürdigkeit als Parlament.

Der Punkt 6 (Energistadt Gold) wurde noch nicht erreicht. Wir sind auch noch nicht im Jahre 2028; aber es ist sogar die Rede davon, den Termin auf 2032 zu verschieben. Natürlich sind mit Energistadt Gold nicht alle Probleme gelöst, aber so ein Ziel zu definieren hilft auch, den Weg nicht aus den Augen zu verlieren.

Für den Veloverkehr z. B. - auch ein Aspekt der Energistadt - könnte auch abseits der Bernstrasse noch viel getan werden. Bereits 2012 (wenn ich mich nicht irre) wurden in einer Motion Velohaupttrouten gefordert, die immer noch nicht umgesetzt sind. Gerade im Kontrast mit anderen Projekten, die die Bewegung fördern sollen, fällt auf, dass nicht immer die tiefhängenden Früchte zuerst gepflückt werden.

Bei Punkt 1 [Klimafolgenabschätzung] gibt es seit kurzem ein Pilotprojekt. Bevor abgeschätzt werden kann, ob sich dieses Vorgehen bewährt, muss zumindest das Ende des Pilotprojekts abgewartet werden.

Es ist also wichtig, dass das Parlament regelmässig zum Stand der Dinge informiert bleibt, und sei es nur im Rahmen des Verwaltungsberichts. Wie der Gemeinderat im Vortrag selbst schreibt, handelt es sich um eine Daueraufgabe, d. h. es ist auch wichtig, dass wir als Parlament regelmässig informiert werden.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion nimmt die Motion zur Kenntnis und wird der Abschreibung zustimmen.

Klimaschutz ist ein Thema, welches uns alle angeht und auch die Mitte-Fraktion unterstützt die Bemühungen in diesem Zusammenhang. Wir anerkennen die bereits getätigten Massnahmen und sehen auch, dass das Thema "Klima" sich immer weiter verändern und entwickeln wird. Aus der Antwort interpretieren wir, dass sich auch der Gemeinderat der Situation bewusst ist und Klimaschutz weiterentwickeln will. Die Bemühungen, in Zukunft das Label "Energistadt Gold" zu erreichen, sind vorhanden, sollten aber nicht mit einer fixen Forderung des Zeithorizonts eingeengt werden.

Klimaschutz soll «gelebt» werden - dies hängt nicht vom Erreichen eines Labels ab. Ich habe im Rahmen meiner Tätigkeit als Kirchengemeinderatspräsidentin die reformierte Kirche in ihrem Bestreben zum Erreichen des sogenannten «Grünen Güggel» begleitet. Das Ziel war klar - die Zertifizierung - analog zum Energiestadt Gold Label. Aber das Wichtigste in diesem ganzen Prozess war der Weg zu diesem Ziel. Und auch wenn das Ziel erreicht ist, handelt es sich doch um eine Haltung, eine immer weitere Entwicklung und Verbesserung der Möglichkeiten. Dafür benötigen wir nicht zwingend ein Papier, sondern Menschen, die den Klimaschutz in ihrem Alltag integriert leben.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Wir können uns der Vorrednerin anschliessen. Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Auskunft über die - gestützt auf die vorliegende Motion - in den letzten Jahren ergriffenen Massnahmen. Wir gehen mit dem Gemeinderat darin einig, dass die Forderungen der Motionäre geeignet umgesetzt sind und dass die Motion als erledigt abgeschrieben werden kann.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der zuständigen Abteilung fürs Ausarbeiten dieser Vorlage. Wir sind erfreut, dass das Thema "Klima" in der Gemeinde Ostermundigen ganzheitlich ernst genommen wird und bereits weitere Massnahmen geplant sind.

Nun noch zu der geplanten Abschreibung:

- ① Auch für diese Motion möchten wir, dass sie dann abgeschrieben wird, wenn die guten Pläne und Vorhaben umgesetzt und implementiert sind.
- ① Die EVP-Fraktion wird daher die vorgeschlagene Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Besten Dank für die eingegangenen Voten. Ich habe noch zwei Bemerkungen zum Votum von Adrian Tanner (Grüne)

1. Energiestadt Gold

Die nötigen Massnahmen zu treffen, um bis Ende 2028 (→ abgeänderte Motion) die Auszeichnung Energiestadt Gold zu erhalten.

In der Botschaft konnte der Gemeinderat aufzeigen, dass die Gemeinde Ostermundigen auf dem richtigen Weg ist mit unseren Projekten, um die Auszeichnung "Energienstadt Gold" zu erreichen (vgl. die Beilagen). Der Gemeinderat hat aber, wie in der Botschaft erläutert, keinen Einfluss auf den Massnahmenkatalog und das Bewertungssystem der Energienstadt; dieses ist dynamisch. Was aus unserer Sicht viel wichtiger ist als ein Zertifikat: Die Gemeinde ist aktiv in verschiedenen Themenbereichen, wie bspw. der erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung. Wenn der GGR heute gegen eine Abschreibung stimmt, dann bedeutet das nicht, dass wir noch schneller das Label erreichen können. Denn einerseits fehlen hierfür die Ressourcen (personelle, finanzielle etc.) und andererseits das oben beschriebene Argument. Die Gegenstimme würde hier nur bedeuten, dass wir im Verwaltungsbericht eine weitere Pendenz hätten.

2. Nachhaltigkeitsbeurteilung

Bei jeder Vorlage aufzeigen, welche positiven oder negativen Auswirkungen sie auf den Klimawandel hat oder wie sie dazu beiträgt, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen.

Mit dem aktuellen Vorgehen ist deine Forderung der Motion erfüllt. Ob diese Methode sich bewährt oder nicht, muss der Gemeinderat eruieren. Es ist aber klar: Sollte sich diese Methode nicht bewähren, so muss der Gemeinderat eine Alternative prüfen, ansonsten wird der Auftrag des GGR offensichtlich nicht erfüllt. Meines Erachtens könntest du anfangs nächstes Jahr bei mir oder der Verwaltung anfragen, was unsere Einschätzung ist und ob sich das Vorgehen bewährt hat.

Adrian Tanner (Grüne): Der Zeitrahmen hat das Parlament verabschiedet. Ursprünglich hatte ich als Termin für "Energienstadt Gold" 2024 vorgeschlagen, der Gemeinderat hat sich für 2028 ausgesprochen. Diesen Vorschlag habe ich übernommen. Der Zeitrahmen für die Umsetzung bis 2028 wurde so vom Parlament bestimmt.

- Gelebter Klimaschutz

Natürlich ist das Label nicht alles und die Nachhaltigkeit muss auch «gelebt» werden. Ich kann von mir behaupten, dass ich das tue und mich auch privat damit auseinandersetze.

Wenn der Gemeinderat für eine echte Umsetzung mehr Ressourcen braucht, soll er diese auch beantragen. Was wann gemacht wird, ist immer auch eine Frage der Prioritäten.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 17 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der GGR nimmt die Umsetzung der überparteilichen Motion betreffend «Klimaschutz als Querschnittsthema» zur Kenntnis.
2. Die überparteiliche Motion betreffend «Klimaschutz als Querschnittsthema» wird als erledigt abgeschrieben.

Axioma #10302
10.3.72 Motionen

13. **Überparteiliche Motion betreffend zwei Lesungen zum Budget im GGR ermöglichen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst können sich der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern und anschliessend die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Der Gemeinderat begrüsst die Absicht, dass sich der GGR stärker in die aktive Ausgestaltung des Budgets einbringen will und unterstützt das Anliegen der Motion.

Der Vorschlag des Gemeinderates für einen Terminablauf für das Budget 2026 liegt vor. Wie wir in der Stellungnahme ausführen, ist ein früherer Start des Budgetierungsprozesses nicht sinnvoll, eine zweite Lesung im Oktober wegen der viel zu kurzen Bearbeitungszeit nicht seriös umsetzbar, und eine zweite Lesung erst im Dezember zu spät.

Eine Behandlung im Dezember würde dazu führen, dass wir wegen der Referendumpflicht ohne genehmigtes Budget ins nächste Jahr starten würden. Die Folgen wären äusserst ungünstig: Nur noch unumgängliche Verpflichtungen dürften eingegangen werden und das Image unserer Gemeinde würde leiden (Meldungen an Kanton, Regierungsstatthalteramt, potenziell negative Meldungen in den Medien). Dies ist zu vermeiden.

Unser Vorschlag, eine zusätzliche GGR-Sitzung im November durchzuführen, ist aus den dargelegten Gründen sinnvoll und zielführend. Zielführend in dem Sinn, dass sich der GGR intensiv und detailliert mit dem Budget befassen kann und umsetzbare Massnahmen ergreifen kann, so dass ein genehmigtes Budget für das Folgejahr vorliegen kann.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Beantragt wurden zwei Lesungen für die Prüfung und Genehmigung des nächstjährigen Budgets, was eine Anpassung der Planung des Sitzungskalenders zur Folge haben wird.

① Die Umsetzung soll bereits im Jahr 2025 stattfinden.

Es freut uns, dass der in der Beantwortung präsentierte Terminablauf für das Budget 2026 bereits zwei Lesungen im GGR für das Budget beinhaltet, nämlich am 4. September 2025 und am 20. November 2025.

Besten Dank an Gerardo Grasso für die soeben gemachten ergänzenden und nachvollziehbaren Ausführungen.

So wurde auch berücksichtigt, dass der Verwaltung genügend Zeit für die Überarbeitung des Budgets und die Anpassung der Unterlagen zur Verfügung stehen.

Eine zusätzliche Sitzung im November bedeutet Mehraufwand für das Parlament, aber folglich auch Mehraufwand für die Verwaltung sowie Mehrkosten. Es lohnt sich aber, diesen Aufwand zu generieren, wenn dadurch die Budgetberatung vertieft und gewissenhaft geführt

werden kann und letztlich die Gemeinde mit einem geprüften und vom Parlament genehmigten Budget ins neue Jahr starten kann.

Ich hoffe auf eine breite Zustimmung zum Antrag auf Erheblicherklärung der Motion.

Jörg Renner (SP): Die SP/Gewerkschaften-Fraktion befürwortet den Vorschlag des Gemeinderats, den Terminablauf auf das Budget 2026 anzupassen und bei Bedarf auch eine zweite Budget-Lesung im November durchzuführen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Gemeinde Ostermundigen attraktiv von der Lebensqualität bleibt, und dazu gehört natürlich auch eine ausgewogene und zukunftsorientierte Finanzpolitik. Auf der Basis hat man die Möglichkeit, sich einzubringen. Vor allem aus demokratiepolitischen Gründen begrüßen wir es, wenn man genug Zeit im Parlament hat - aber auch alle Kommissionen (Finanzkommission) und der Gemeinderat genügend Zeit erhalten, um das Budget gegebenenfalls anzupassen.

- ① Wichtig oder sogar sehr wichtig ist uns, dass alle Fraktionen konstruktive und ganz konkrete Änderungsvorschläge einbringen. Pauschalaussagen wie "20 Prozent Kürzung" usw. sind nicht zielführend und wird in diesem Budgetprozess eigentlich ihren Sinn etwas nehmen.

Béla Filep (Mitte): Die Mitte-Fraktion begrüsst und befürwortet die Anpassung des Zeitplans zum Budget und die Einführung einer zweiten Lesung. Eine zusätzliche GGR-Sitzung erachten wir als vertretbar. Und es ist auch nachvollziehbar, dass der Gemeinderat noch etwas mehr Zeit braucht, um allfällige Überarbeitungen oder Anpassungen vorzunehmen.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Auch ich begrüsse diesen Vorschlag. Ich habe zwei Fragen:

1. Üblicherweise sind die GPK-Sitzungen acht Tage vor der GGR-Versammlung terminiert. In der GGR-Botschaft sind sie sieben Tage und an einem Donnerstag terminiert. Ist das Absicht oder ein Fehler?
2. Sind die Termine jetzt verbindlich, wenn wir es so nehmen, oder können diese noch korrigiert werden, falls es einen Fehler gibt?

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Die Schreibfehler können korrigiert werden.

Myriam Zürcher (EVP): Ich möchte mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Besten Dank der glp-Fraktion für den eingereichten Vorstoss.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion: Zwei Lesungen zum Budget im Grossen Gemeinderat ermöglichen wird begründet und erheblich erklärt.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die GPK-Sitzung findet in der Regel am Mittwoch statt. D. h. die **zusätzliche GPK-Sitzung** findet am 12. November 2025 statt.

Axioma #10304
10.3.72 Motionen

14. Überparteiliche Motion für die Pflanzung von Bäumen im Freibad Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Yasmin Dressler (SP): Ich möchte mich an dieser Stelle für die Beantwortung des Gemeinderates bedanken. Sie ist nachvollziehbar und ich freue mich, wenn die vorhandenen Jungbäume in 10, 20 Jahren ihre Funktion erfüllen.

Auch wenn bereits Bäume gepflanzt wurden, bleibt die Problematik des fehlenden Schattens bestehen. Deshalb habe ich mich darüber gefreut, dass der Gemeinderat Zwischenlösungen vorschlägt, sodass ein genügendes Schattenangebot schon früher und nicht erst in 20 Jahren besteht. Ich bin gespannt, welche Vorschläge umgesetzt werden.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): Aus der Sicht der SVP-Fraktion rennt die vorliegende Motion bereits offene Türen ein. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme mitteilt, wurde bereits vor rund 10 Jahren ein Konzept "Baumpflege und zum Baumersatz im Freibad" erarbeitet und seither umgesetzt. Wie der Gemeinderat weiter richtig erwähnt, benötigen die Bäume unter Umständen Jahrzehnte, bis sie ausgewachsen sind und die volle Funktion übernehmen.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der eingeschlagene Weg ohne zusätzliche Bäume weiterverfolgt werden soll. Sonst wird das Bad dereinst vor lauter Wald kaum mehr gesehen. Stattdessen soll mit Zwischenlösungen - z. B. mit Sonnensegel im Kleinkinderbereich - für genügend Schatten gesorgt werden.

① Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Es ist nicht so, dass wir gegen die Bäume sind. Aber ähnlich wie die SVP-Fraktion haben wir uns die Frage gestellt, ob diese Motion nicht, wenn schon erledigt, gleich abgeschrieben werden müsste?

In der Antwort des Gemeinderats ist eigentlich festgehalten, dass kein zusätzlicher Baum (neben dem vorhandenen Konzept) gepflanzt wird. Stattdessen werden irgendwelche Sonnensegel oder sonstige Schattenkonzepte angedacht. Aber der Antrag ist auf die Pflanzung von mehr Bäumen. Wenn dies nicht getan wird, ist die Motion als erledigt abzuschreiben.

① Die glp-Fraktion wird die "Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung" der überparteilichen Motion beantragen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Herzlichen Dank für die Bemerkungen. Es ist tatsächlich so, dass wir auf Verwaltungsebene etwas schneller ge-

arbeitet haben, als es eigentlich nötig gewesen wäre für diese Motion. Ich könnte jetzt eine Umfrage machen.

→ Wie viele Bäume hat es im Freibad Ostermundigen?

Ich weiss nicht, ob jemand auf 23 Bäumen gekommen ist. Ich habe ein Bild, ich lege das schnell auf. Man sieht die Bäume nicht so gut. Aber es hat bereits jetzt ganz viel Schatten.

→ Es ist tatsächlich so, dass wir aufgrund dieser Motion eine Analyse gemacht haben. Wie sieht der Baumbestand im Freibad aus?

Es sind bereits viele Jungbäume gepflanzt. Der einzige Ort, wo noch Bäume gepflanzt werden könnten, ist auf der Spielwiese. Diese Lage ist jedoch nicht zielführend und es entsteht ein Nutzungskonflikt.

Aber wir nehmen das Anliegen entgegen. Der Bedarf für mehr Schatten ist da. Die gepflanzten Bäume brauchen nun zehn Jahre, bis dieser Schatten gespendet werden kann. Deshalb haben wir vorgeschlagen, diese Motion so entgegenzunehmen. Wir haben die Prüfung schon gemacht. Wir sind bereits einen Schritt voraus.

Wir bieten den Motionären an, dass wir ein Projekt für den vermehrten Schatten im Freibad in den Finanzplan einstellen. Es sind nicht nur Sonnensegel. Es gibt heute neue Methoden mit begrünten Netzen etc. die wir im Moment am Prüfen sind. Der GGR kann das Projekt dann immer noch im Finanzplan streichen. Aber es ist ein Auftrag an den Gemeinderat, möglichst rasch für mehr Schatten im Freibad zu sorgen.

Colette Nova (SP): Es ist sehr erfreulich, wenn es der Gemeinderat schafft, schneller zu arbeiten, als es eigentlich nötig wäre und dabei gute und kreative Ideen entwickelt werden.

Das Anliegen hinter dieser Motion ist in erster Linie mehr Schatten im Freibad zu schaffen. Aber es ist klar, dass auch wenn die Gemeindeverwaltung schnell arbeitet, die Bäume deswegen leider nicht schneller wachsen. Wir müssen zuwarten bis sie wachsen. Das Angebot, ein Projekt zu machen, um in der Zwischenzeit mehr Schatten in die Badi zu bringen, ist gut. Unter diesem Aspekt die Motion anzunehmen und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben, scheint uns ein guter Vorschlag zu sein. Eine gute Alternative, die zum Ziel führt, mehr Schatten im Freibad zu erhalten.

Alexander Wahli (gfp): Als dann würde mich wundernehmen: Jetzt haben wir vorliegend eine Motion mit Bäumen pflanzen, von der wir nun keine Bäume pflanzen. Daraus machen wir freiwillig ein neues Projekt "Zusätzlicher Schatten - da es gesundheitsfördernd ist - für die Freibadgäste", welche Schatten suchen.

Ich bin nicht sicher, ob es eine Aufgabe der Gemeinde ist, dass alle Schatten im Freibad haben können. Früher konnten wir den Sonnenschein mitnehmen oder einen mieten und sich selbständig Schatten machen. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, ein Projekt zu entwickeln, wie man jetzt die Wiesen beschatten könnte.

→ Ein Sonnensegel über dem Kleinkinderbad ist sicher etwas Gutes, das wir einrichten müssen.

→ Es ist noch unklar, ob wir die Motion, wenn sie erledigt ist, einfach abschreiben können.

→ Ob man dann das Projekt vorantreibt und ob man es dann im Finanzplan aufnimmt, ist etwas anderes.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Meiner Auffassung nach könnte man die Motion annehmen und als erledigt abschreiben. Wir werden dann ein Projekt für die Beschattung ausarbeiten. Das Projekt wird im Finanzplan die Frage auslösen, ob man das will oder nicht.

① Die Antwort auf die Frage kann mit «ja» beantwortet werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die Änderung (Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung) muss mit der Erstunterzeichnerin besprochen und genehmigt werden.

Alexander Wahli (glp): Wenn wir die Motion annehmen und gleichzeitig abschreiben, dann erledigt sich für mich der Punkt mit den Bäumen. Das Projekt ist etwas neues, was zu einem späteren Zeitpunkt beraten wird. Habe ich den Sachverhalt gut verstanden?

Oder wird jetzt automatisch ein Projekt erarbeitet; da wir die Motion annehmen und gleichzeitig abschreiben? Im Wortlaut der Motion wird das "Beschattungs-Projekt" nicht erwähnt.

Wir von der glp-Fraktion sind der Meinung, es muss kein künstliches "Beschattungs-Projekt" errichtet werden. Wir stehen für die Baumpflanzungen und die natürliche Beschattung ein. Aber wir sind gegen ein teures Projekt für zusätzliche Schattenplätze im Freibad.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich habe von der Gemeindeschreiberin die Information erhalten, dass lediglich eine Wortlautänderung das Einverständnis der Erstunterzeichnerin erfordert.

Das Ratsbüro benötigt zur "Abschreibung der Motion" einen Änderungsantrag.

→ Jemand muss einen formalen Antrag stellen!

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Ich stelle den notwendigen **Änderungsantrag Nr. 1** wie folgt:

Die überparteiliche Motion wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

Vielleicht möchte jemand die Formulierung:

→ *überparteiliche Motion wird abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.*

Dann müssten wir über zwei Änderungsanträge abstimmen.

Alexander Wahli (glp): Der Änderungsantrag ist gestellt. Trotzdem möchte ich noch eine Antwort:

- Wenn wir die Motion annehmen und als erledigt abschreiben, darf der Gemeinderat resp. das zuständige Departement Tiefbau + Betriebe ein "Beschattungs-Projekt" eröffnen?

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Bei einer Abschreibung der Motion pflanzen wir keine Bäume.

Über ein "Beschattungs-Projekt" hat der Gemeinderat zu entscheiden. Der erforderliche Investitionskredit muss vom zuständigen Organ genehmigt werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Nr. 1** ab, der da lautet:

Die überparteiliche Motion wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend die Pflanzung von Bäumen im Freibad Ostermundigen wird begründet, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.

Axioma #10303
10.3.72 Motionen

15. **Überparteiliche Richtlinienmotion betreffend zuerst Besetzung von vakanten Stellen vor Schaffung von neuen Stellen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Ulrich Steiner (SVP): Der allgemeine Fachkräftemangel ist bekannt. Vakante Stellen können z. T. über viele Monate nicht besetzt werden. So z. B. in der Abteilung Tiefbau und Betriebe. Diese Vakanzen werden teilweise

- durch externe Fachleute im Mandatsverhältnis abgedeckt – mit entsprechenden Kostenfolgen;
- oder müssen durch die festen Mitarbeitenden zusätzlich zu ihrem «eigenen» Tagesgeschäft erledigt werden. Das ist nicht fair und auf die Dauer nicht zumutbar;
- oder werden nicht mehr gebraucht.

Es geht bei diesem Vorstoss nicht darum, gesetzliche Pflichten auszusetzen.

Es geht auch nicht darum, die Bedeutung der Veloförderung abzustreiten. Oder unsere überregionalen Pflichten zu negieren.

Und es geht auch nicht darum, dass infolge einer vakanten Bademeister-Stelle kein Projektleiter im Tiefbau angestellt werden kann!

Es geht in diesem Vorstoss um Grundsätze:

- Keine Schaffungen von NEUEN Stellen oder Eröffnung neuer Tätigkeitsfelder, solange im betreffenden Verwaltungsbereich langandauernde Vakanzen nicht behoben sind.
- Keine Personalkosten für NEUE Stellen «auf Vorrat» ins Budget.

Wir sind uns bewusst, dass es planungsrechtliche und terminliche Vorgaben und Aufgaben gibt, die einzuhalten sind. Aber: wir dürfen die vorhandenen Spielräume in der Umsetzung, vor allem auch die Umsetzungsgeschwindigkeit, durchaus nutzen. Das entlastet sowohl unsere Verwaltungsangestellten als auch unsere Finanzrechnung.

Wir schätzen die Zusicherung des Gemeinderats, dass er alle Anstrengungen unternehmen will, vakante Stellen möglichst zeitnah wieder zu besetzen.

→ Wir beantragen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und als Postulat zu überweisen.

Marcel Falk (SP): Vielen Dank an Ulrich Steiner (SVP) für die Präzisierung beziehungsweise den neuen Antrag.

Tatsächlich wäre es, so wie es jetzt formuliert ist, eine sehr problematische Motion gewesen. Allerdings werden wir von der SP/Gewerkschaften-Fraktion auch das Postulat so nicht überweisen, weil wir nicht richtig sehen, was da die Handlungsmasse sein sollte. Es klar ist, dass

die Gemeinde versucht, die verkannten Stellen so rasch wie möglich zu besetzen. Dieser Sachverhalt hat keine Verbindung mit neuen Stellen, die man ausschreiben muss. Als Gemeinde müssen gewisse Aufgaben erledigt werden.

Die Verbindung oder Regelung, welche nach dem Postulats Auftrag ausgearbeitet würde, wird dann wieder als Knüppel in den Beinen der Gemeinde fungieren und letztendlich die Handlungsfähigkeit einschränken.

Ich danke dir; ich finde es toll, dass die SVP-Fraktion die Aufgaben, die sie schon länger hat und die personellen Ressourcen zur Umsetzung fehlen, anerkennen.

Bei diesen Fragen geht es immer darum, von einer verlässlichen Politik profitieren zu können. Die gesteckten Ziele, die wir uns gegeben haben, wollen wir umsetzen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Besten Dank an Ulrich Steiner (SVP) für den Vorschlag "Umwandlung Motion in ein Postulat".

Neue Stellen werden in Ostermundigen nicht nach dem Lust- und Laune-Prinzip geschaffen. Tatsächlich müssen gesetzliche Vorschriften oder in der Planung sollen Finanzierungen von Seiten Dritter erwirkt werden. Es können aber auch Aufträge aus dem Parlament sein, welche erfüllt werden müssen (z. B. Schulwegsicherung, Veloweg Rothus etc.). Am besten werden diese Aufträge durch Fachpersonen erledigt.

Selbstverständlich wird jede neue Stelle bis ins Detail überprüft. Bei einem Postulat wird der Prüfauftrag einen gewissen Mehraufwand verursachen. Am Prozess verändert sich jedoch nichts.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Erstunterzeichner schlägt die Umwandlung der Motion in ein Postulat vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 25 zu 11 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Richtlinienmotion betreffend zuerst Besetzung von vakanten Stellen vor Schaffung von neuen Stellen - welche vom Erstunterzeichner in ein Postulat umgewandelt wurde - wird begründet und abgelehnt.

Axioma #10119
10.3.72 Motionen

16. Überparteiliches Postulat betreffend Einrichtung von Schliessfächern für Sport- und Freizeitgeräte in der Gemeinde Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

Stefanie Dähler (SP): Zuerst möchte ich mich herzlich bei der zuständigen Abteilung und Gemeinderat für die Beantwortung bedanken. Dass der Gemeinderat gewillt ist, das Postulat als Prüfauftrag entgegenzunehmen freut uns als SP/Gewerkschaften-Fraktion sehr.

Ich kann mir vorstellen, dass die meisten Ratsmitglieder denken, dass das Anliegen zu teuer ist und es dieses gar nicht braucht. Ich möchte zu bedenken geben, dass wir nicht immer nur von uns ausgehen dürfen. Es gibt in Ostermundigen Menschen, welche nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, Sportutensilien (z. B. ein Tennisschläger, Boxhandschuhe etc.) zu leisten. Der vorgeschlagene Pilotversuch wäre ein einfacher und kostengünstiger Ansatz, um herauszufinden, ob in der Bevölkerung tatsächlich das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung besteht.

Der Zeitraum von einem Jahr für einen Pilotversuch ist sehr kurz. Es wäre sicher von Vorteil, den Pilotversuch auf zwei bis drei Jahre auszudehnen. Als dann können bestimmt bessere Aussagen über das Nutzungsverhalten und die Akzeptanz der Schliessfächer gemacht werden. Der finanzielle Aufwand hält sich in Grenzen und Jung und Alt können davon profitieren.

→ Für uns stellt sich noch die Frage, welche Kriterien erfüllt werden müssen, dass eine Weiterführung in Frage kommt. Gibt es bereits Evaluationspunkte und wann ist die Evaluation geplant?

Ich danke euch für die Unterstützung des Postulates.

1. Vizepräsident Gerhard Zaugg (SVP): Warum soll Ostermundigen wieder einmal den „Winkelried“ spielen?

Da werden wieder 8'000 Franken verbraten, obwohl, wie in der Stellungnahme des Gemeinderates erwähnt wird, bereits flächendeckend genügend Möglichkeiten bestehen, Sport zu treiben. Bälle und sonstiges Ausrüstungsmaterial sollen einfach selbst mitgebracht werden. Soll mir keiner sagen, er sei nicht in der Lage, einen Ball mitzubringen.

Für solche Begehrlichkeiten sollen also locker Gelder gesprochen werden.

- Ja wie sieht es denn aus z. B. mit der Wiedereinführung eines Neujahrsapéros für die Bevölkerung? Die Kosten dafür belaufen sich auf nicht mehr als 3'000 Franken.
- Oder z. B. die Ehrung von betagten Jubilaren in der Gemeinde durch ein Behördenmitglied, mit der Überbringung eines Blumenstrausses, oder einer Flasche Wein? Auch diese Kosten bewegen sich sicher im Rahmen von unter 8'000 Franken.

Aber offenbar geniessen solche „Begehrlichkeiten“ in gewissen politischen Kreisen in Ostermundigen etwa die Prioritätsstufe Nr. 46.

Myriam Zürcher (EVP): Schliessfächer für Sport- und Freizeitgeräte sind aus der Sicht der EVP-Fraktion nicht zwingend die dringendste Investition. Trotzdem - wenn dieser Beitrag dazu führen kann, dass Menschen in Ostermundigen (auch solche mit kleinem Budget) sich bewegen und begegnen, möchten wir dieses Postulat nicht zum Vornherein versenken oder zumindest im vorgeschlagenen Rahmen der Idee eine Chance geben.

Ein Pilotprojekt von einem (1) Jahr ist keine sehr grosse Sache, und auch nicht übertrieben kostenintensiv. Wir möchten zudem dem Elan vom Gemeinderat, welcher das Postulat als erheblich erklären möchte, nicht im Wege stehen.

Zu folgenden Punkten möchten wir bei der Auswertung des Pilotprojektes eine Stellungnahme:

1. Welche Altersgruppe macht am meisten Gebrauch von den Schliessfächern?
2. Sind diese Schliessfächer von Vandalismus und Diebstahl betroffen?

Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte kurz auf die Wortmeldung von Gerhard Zaugg (SVP) reagieren. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, dieses Angebot gegen das Neujahres Apéro, den Neuzuzüger:innen-Anlass, die Ehrung von älteren Personen durch den Gemeinderat bei runden Geburtstagen usw. gegeneinander auszuspielen.

Diese Dinge unterstützen wir auch. Die Idee, sie wegzusparen, kam kaum von unserer Seite. Bald kommt ein Vorstoss, um diesen Apéro wieder einzuführen. Wenn es andere ähnliche Vorschläge gibt, werde ich diese ebenfalls gerne unterstützen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Herzlichen Dank für das Postulat. Wir werden dieses selbstverständlich seriös prüfen, kommunikativ begleiten und versuchen auszuwerten.

Die Aussage mit den Altersgruppen und dem Vandalismus habe ich notiert. Wir werden Abklärungen zu dem Bedürfnis von solchen Events zeitnah vornehmen. Ein Bericht darüber wird verfasst und die Vorschläge resp. Konsequenzen umgesetzt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 23 zu 14 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend Einrichtung von Schliessfächern für Sport- und Freizeitgeräte in der Gemeinde Ostermundigen wird begründet und erheblich erklärt.

Axioma #10202
10.3.73 Postulate

17. Überparteiliches Postulat betreffend StellvertreterInnenregelung für den GGR; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Zweitunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Christoph Leiser (FDP): Wir wurden in der jüngeren Vergangenheit in der Fraktion bereits zweimal damit beschäftigt, was ist, wenn ein Ratsmitglied länger nicht erscheinen kann.

Sei es aufgrund einer Mutterschaft, wo es nicht um die Problematik mit dem Entgelt geht - dafür zahlt Ostermundigen zu wenig - sondern darum, dass mit einem Frischgeborenen Zuhause je nach je doch einige Sitzungen ausfallen können. Oder aufgrund vom Militärdienst - wo zwar versucht worden ist, über den Vorgesetzten Urlaub und somit ein Besuch der Sitzungen zu ermöglichen. Aber auch dies kann je nach Konstellation zu unerwünscht langen resp. sich wiederholenden Sitzungsabwesenheiten führen. Dies hat uns den auch bewegt, dieses Postulat einzureichen.

Allgemein geht der Trend in anderen Gemeinden aktuell dahin, Stellvertreterregelungen für Parlamente einzuführen:

Im Stadtrat Bern wurde am 9. Februar 2025 eine entsprechende Vorlage mit über 74 % Ja-Stimmen angenommen. In Burgdorf einer ähnlichen Vorlage bereits im Juni 2024 zugestimmt und in Köniz am 24. November 2024 mit einem Ja-Anteil von rund 60 %.

- Warum diese Entwicklung?

Ein Hauptgrund liegt wohl darin, dass es immer schwerer ist, geeignete und gewillte Kandidierende für die Politik zu gewinnen. Aber auch auf anderen Ebenen tut sich hier viel, denken wir beispielsweise ans Vereinsrecht und die Vorstände, wo es immer mehr Regelungen gibt, dass Vorstandsmitglieder fixe, gewählte Stellvertretungen haben.

- Und damit sind wir den auch sogleich beim Wesentlichen

Eine Stellvertreterregelung darf nicht missverstanden werden als Freifahrtschein für lustige Abende mit der Familie oder mit Freunden - im Sinne von, zur Not kommt dann der Parteikollege als Vertreter. Nein, es soll ein Instrument sein für längere, notwendige Abwesenheiten. Gleichzeitig dient die Stellvertreterlösung einer praktischen und guten Nachfolgeplanung. So könnten die Ersatzmänner und -frauen auf unseren Listen bereits vorbereitet werden auf das zukünftige Amt im GGR. Wichtig ist aber trotzdem, dass die Legitimation durch die Volkswahl nicht vergessen geht: Wer gewählt ist, hat sein Amt ernst zu nehmen und zu erfüllen. Oder sonst den Rücktritt zu erklären. Er oder sie soll aber bei längeren Abwesenheiten nicht direkt dazu gezwungen werden zurückzutreten, denn auch die/der Erstplatzierte auf der Liste legitimiert sich in unseren Augen wunderbar, um in Notfällen für längere Zeit die Verantwortung zu übernehmen und die Stimme des Volkes auszuüben.

Wir danken daher als FDP-Fraktion für die Stellungnahme des Gemeinderates und hoffen auf viele Ja-Stimmen zur Überweisung des Postulats.

Ulrich Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion wird dieses Postulat und den Antrag des Gemeinderates unterstützen, allerdings mit folgenden Warnblinkern bzw. kritischen Punkten, die zwingend im Rahmen dieses Prüfauftrags anzusprechen und zu klären sind:

- Die Stellvertreterregelung soll lediglich greifen bei «längeren» Abwesenheiten des Mandatsträgers. «Längere» Abwesenheit» muss klar definiert sein. Wir plädieren für eine «Mindestabwesenheit» von 4 Monaten, und bis maximal 12 Monaten.
- Die Frage der parlamentarischen Legitimation muss geklärt sein: Stellvertretung nur möglich durch «Ersatzpersonen»?
- Stellvertreterkriterien und Anforderungen müssen klar definiert werden.
- Keine Stellvertretung in Kommissionen. Hier ist eine Kontinuität notwendig.

Stefanie Dähler (SP): Wir von der SP/Gewerkschaften-Fraktion werden dem Postulat ebenfalls zustimmen. Ich kann mich grundsätzlich den Vorrednern anschliessen. Gewisse Punkte müssen genau angeschaut werden!

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 38 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das überparteiliche Postulat betreffend StellvertreterInnenregelung für den GGR wird begründet und erheblich erklärt.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend lauten wie folgt:

18. Überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025
19. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug
20. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe nach Einbürgerung
21. Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen
22. Interpellationen SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern
23. Überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass

- - - - -

Persönliche Erklärung

Peter Buri (SP): Morgen findet die Museumsnacht in Bern - unserer Nachbargemeinde - statt und ich darf ein Teil davon sein.

Ich habe die Gelegenheit als Selbstvertreter der BKKB - Behindertenkonferenz Kanton Bern, mit meinen Kolleginnen und Kollegen eine Rede zu halten. Dies findet im Käfigturm, bzw. dem Demokratie-Turm statt, organisiert durch das Politforum Bern.

Unser Slot ist von 20:00 - 20:20 Uhr und das Thema lautet:

«Wie sorgen wir dafür, dass alle Menschen und ihre Bedürfnisse in unserer Demokratie mitgedacht werden?»

Ich bin stolz, dort morgen erläutern zu dürfen, warum Demokratie für Menschen mit Behinderungen wichtig ist und warum das Mitdenken der Bedürfnisse Aller, jede Demokratie, auch unsere, stärkt.

Es würde mich sehr freuen, ein paar Gesichter von euch begrüßen zu dürfen. Wir mögen wohl aus unterschiedlichen Parteien sein und unterschiedliche Meinungen vertreten. Doch ich bin mir sicher, wir sind alles überzeugte demokratische Politiker.

Um Aristoteles und Abraham Lincoln zu zitieren:

Eine Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk!

Mit diesen Worten wünsche ich euch einen schönen Abend und vielleicht bis morgen. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Liegen noch weitere Wortmeldungen vor?

Das scheint nicht der Fall zu sein - ich wünsche allen einen schönen Abend

Axioma #10539
10.3.73 Postulate

18. Überparteiliches Postulat betreffend kostenloses Public-Viewing in Ostermundigen während der Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen wird gebeten zu prüfen, ein kostenloses Public Viewing während der Women's Euro 2025 in Ostermundigen anzubieten.

Begründung

Ostermundigen schafft gemäss Leitbild Gesellschaft 2035, Stossrichtung 2: Begegnungsorte Voraussetzungen, damit im öffentlichen Raum Veranstaltungen und Angebote für verschiedene Anspruchsgruppen stattfinden können.

Mit der bevorstehenden Fussball-Europameisterschaft der Frauen, die vom 2. bis 27. Juli 2025 in verschiedenen Schweizer Städten ausgetragen wird, bietet sich die ideale Gelegenheit, der Mundiger Bevölkerung ein Begegnungsangebot in Form eines Public Viewings bereitzustellen, zum Beispiel in der Badi Ostermundigen.

Ein Public Viewing-Angebot bringt mehrere Vorteile mit sich:

1. Ein niederschwelliges Public-Viewing-Angebot spricht breite Bevölkerungskreise an. Es ermöglicht gemeinsame Erlebnisse, Begegnungen und Austausch und stärkt so die Identifikation mit der Wohngemeinde.
2. Frauenfussball gewinnt an Popularität, wird aber nach wie vor weniger stark wahrgenommen als Männerfussball. Ein Public Viewing trägt dazu bei, das Interesse am Frauenfussball sowie an den Frauentteams des FC Ostermundigen zu steigern und so den Frauenfussball regional und überregional einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.
3. Die Ostermundiger Bevölkerung wird in naher Zukunft über den Fussballcampus Region Bern abstimmen. Ein verstärktes Engagement für den Frauenfussball kann dazu beitragen, die Akzeptanz und Unterstützung für dieses Projekt zu erhöhen.

eingereicht am 20. März 2025

sig.: Maja Schneider (SP), C. Nova, J. Renner, S. Stalder, S. Dähler, M. Mordasini, Y. Dressler, P. Buri, K. Kistler, M. Falk, K. Ernst (Grüne), Ch. Burr, M. Mitter (Mitte), D. Züllig von Allmen (glp), A. Schmid, L. Raass, A. Wahli, O. Tamas

Axioma #10540

10.3.74 Interpellationen

19. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Schwarzarbeit trotz IV- oder Sozialhilfebezug; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Anteil der Schwarzarbeit wird in der Schweiz auf knapp 7 % der Wirtschaftsleistung geschätzt. Dabei entgehen dem Staat nicht nur Steuern und Sozialabgaben, sondern es werden auch die Wettbewerbsbedingungen für Unternehmungen, die ihre Mitarbeitenden korrekt anstellen, durch die Schwarzarbeit verzerrt. Gewisse Branchen sind bekannterweise besonders betroffen, wie zum Beispiel die Bau- und Reinigungsbranche, Dienstleistungsbetriebe und die Gastronomie.

Problematisch ist auch, wenn IV- oder Sozialhilfeempfänger neben den erhaltenen Unterstützungsleistungen illegalen Tätigkeiten nachgehen und dies den Behörden entgeht, weil durch das Nichtversichern bei der AHV für die Behörden nicht offenkundig wird, dass Sozialhilfegelder unrechtmässig bezogen werden.

Es stellen sich damit auch Fragen für Ostermundigen als fünftgrösste Gemeinde des Kantons.

Die SVP ist besorgt und fragt sich, ob die Gemeinde genug unternimmt, um sicherzustellen, dass der Schwarzarbeit und dem widerrechtlichen Bezug von Sozialhilfegeldern entgegen gewirkt wird.

Fragen

Wir bitten den Gemeinderat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis über die Situation der Schwarzarbeit, sowohl generell wie auch in Bezug auf die Schwarzarbeit unter Sozialhilfebezügern?
2. Wie viele Fälle von Schwarzarbeit unter Sozialhilfeempfängern sind in den letzten fünf Jahren in unserer Gemeinde aufgedeckt worden?
3. Welche Massnahmen werden in der Gemeinde Ostermundigen ergriffen, um Schwarzarbeit unter Sozialhilfeempfängern zu verhindern und aufzudecken?
4. Werden die Sozialarbeitenden in ihren Bemühungen unterstützt, Schwarzarbeit zu erkennen und aufzudecken?
5. Wie oft kamen Sozialinspektoren zum Einsatz und mit welchem Ergebnis?
6. Welche Sanktionen werden gegen Sozialhilfeempfänger verhängt, die bei Schwarzarbeit erwischt werden?
7. Ist der Gemeinderat bereit, der Bekämpfung der Schwarzarbeit Priorität einzuräumen, und wenn ja, mit welchen weiteren Massnahmen?

eingereicht GGR vom 20. März 2025

sig: Franziska Brunner (SVP); U. Steiner, M. Herren, M. Truog, G. Zaugg, A. Rutsch, A. Gräni-
cher, H. P. Friedli, A. Andres

Axioma #10542

10.3.74 Interpellationen

20. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sozialhilfe nach Einbürgerung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

In den letzten Jahren ist die Integration von Ausländern, die in der Schweiz eingebürgert wurden, zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt.

Trotz vielfältiger Bemühungen zur Förderung der Integration zeigt sich, dass eine Anzahl dieser eingebürgerten Personen auf Sozialhilfe angewiesen ist. Diese Entwicklung wirft wichtige Fragen bezüglich der Wirksamkeit der bestehenden Integrationsmassnahmen sowie der finanziellen Nachhaltigkeit des Sozialsystems auf. Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

Fragen

Aktuelle Statistiken: Welche Statistiken liegen dem Gemeinderat über die Anzahl der in den letzten sieben Jahren in Ostermundigen eingebürgerten Ausländer vor, die nach der Einbürgerung Sozialhilfe beziehen? Stand März/April 2025?

Hintergründe der Sozialhilfeabhängigkeit: Welche Gründe führt der Bundesrat für die Sozialhilfeabhängigkeit bei eingebürgerten Ausländern an? Welche Massnahmen wurden ergriffen, um diese Situation zu verstehen und zu analysieren?

Integrationsmassnahmen: Welche konkreten Massnahmen und Programme wurden vom Bund und den Kantonen implementiert, um die Integration eingebürgerter Ausländer zu fördern und ihre finanzielle Unabhängigkeit zu unterstützen? Welche Erfolge oder Herausforderungen wurden hierbei festgestellt?

Vergleich mit anderen Gruppen: Wie verhält sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger unter eingebürgerten Ausländern im Vergleich zu den Schweizer Bürgern?

Langfristige Strategien: Welche langfristigen Strategien verfolgt der Gemeinderat, um die Anzahl der eingebürgerten Ausländer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zu reduzieren? Welche Rolle spielen Bildung, Arbeitsmarktintegration und soziale Unterstützung in diesen Strategien?

eingereicht GGR vom 20. März 2025

sig: Franziska Brunner (SVP), M. Truog, G. Zaugg, U. Steiner, H. P. Friedli, A. Rutsch, A. Gränicher, M. Herren, A. Andres

Ratssekretär Jürg Kumli: Die Interpellation wurde am 4. April 2025 von der Erstunterzeichnerin, Franziska Brunner (SVP), **zurückgezogen**.

Axioma #10543

10.3.74 Interpellationen

21. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Umsetzung Temporegime und Einrichtung Aufenthaltszonen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut + Fragen

Der Gemeinderat wird gebeten, nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Gemäss Umsetzungsplanung Temporegime der Gemeinde von Anfang 2024 sollte das Temporegime im Jahr 2024 auf 33 Strassenabschnitten umgesetzt werden. Nach eigener Zählung am 15.2.25 erfolgte eine vollständige Umsetzung erst auf 13 Strassenabschnitten. Was sind die wesentlichen Gründe für die Verzögerungen? Bis wann wird die Umsetzung der 33 Strassenabschnitte und des gesamten Temporegimes abgeschlossen sein?
2. Aktuell sind die Tempozonen einzig mit Schildern am Eingang/Ausgang markiert. Sind weitere Markierungen geplant, um die Sicherheit zu erhöhen?
3. Neben dem Einrichten der Tempozonen hat die Gemeinde ein Formular online geschaltet, mit dem Anwohnerinnen und Anwohner die Einrichtung einer Aufenthaltszone fordern können.
 - a. Wie erfolgt die Kommunikation dieser Möglichkeit?
 - b. Die Vorgabe «60 % der volljährigen Anwohnenden und der die Strasse durch Zufahrten oder Wegrechte Nutzenden in der betreffenden Strasse müssen auf dem Unterschriftenbogen ihr Einverständnis gegeben haben» ist kompliziert und stellt eine sehr hohe Hürde dar. Wie sind die entsprechenden Vorgaben in umliegenden Gemeinden? Wie begründet der Gemeinderat die Vorgabe?
 - c. Welche Unterstützung bietet die Gemeinde? Gibt es z. B. Unterlagen, welche den Anwohner:innen die Möglichkeiten aufzeigen, wie eine Aufenthaltszone funktionieren muss bzw. kann?

eingereicht GGR vom 20. März 2025

sig.: Marcel Falk (SP), S. Dähler, Y. Dressler, S. Stalder, J. Renner, C. Nova, M. Schneider, K. Kistler, M. Mordasini, P. Buri, A. Tanner (Grüne), K. Ernst, Ch. Burr

Axioma #10544

10.3.74 Interpellationen

22. Interpellationen SP/Grüne-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut + Fragen

Die Gemeinde Ostermundigen wird gebeten, die Möglichkeiten für die (Mit-)Finanzierung und für den langjährigen Betrieb des geplanten Hallenbades im zukünftigen «Fussballcampus Region Bern» zu prüfen. Ist die Gemeinde bereit, folgende Fragen abzuklären und wenn ja, nach welchem «Fahrplan»?

1. Wie hoch wären die Kosten für ein Hallenbad im Fussballcampus Region Bern?
2. Welche andere/umliegende Gemeinden wurden/werden bezüglich einer Kostenbeteiligung für den Bau und die gemeinsame Nutzung angefragt?
3. Ist es geplant, den Kanton oder andere Institutionen bezüglich einer Kostenbeteiligung für den Bau und die gemeinsame Nutzung anzufragen?
4. Welche Kosten würden auf die Gemeinde Ostermundigen zukommen (Bau und Nutzung)?
5. Wie gross ist der Bedarf für den schulischen Schwimmunterricht in Ostermundigen heute und wie wird sich dieser mittelfristig entwickeln?
6. Wie hoch sind die Kosten des Schwimmunterrichts heute und wie werden sich diese mittelfristig entwickeln?
7. Welche Kosten trägt die Gemeinde heute für Schwimmunterricht bei anderen Gemeinden?
8. Kann der schulische Schwimmunterricht noch durchgeführt werden, wenn das Hallenbad Bolligen wegfallen würde, und wo würde dieser dann stattfinden?
9. Ist es geplant, ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept zu erstellen?
10. Welche Kommunikation plant die Gemeinde gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern bezüglich der Realisierbarkeit eines Hallenbades im Projekt Fussballcampus Region Bern?
11. Wird über den Campus und über das Hallenbad separat abgestimmt?

Begründungen

In der Projektbeschreibung der öffentlichen Mitwirkung zum Fussballcampus Region Bern ist ein Vier-/Sechsbahnen Hallenbad enthalten. Nach unserem aktuellen Wissensstand ist das Hallenbad nicht im geplanten Finanzierungsrahmen von YB-Bern enthalten, sondern wäre z. B. durch die umliegenden Gemeinden zu finanzieren.

Ein Hallenbad auf dem Areal des geplanten Fussballcampus wird die Attraktivität und das sportliche Angebot für die Gemeinde Ostermundigen stark fördern und bietet z. B. folgende Vorteile:

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 20. März 2025

1. Förderung der körperlichen Aktivität: Ein Hallenbad bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Gemeinde einen ganzjährigen Zugang zu Wassersport und Schwimmsportarten und kann so zu einem gesünderen und aktiven Lebensstil beitragen.
2. Schul-Schwimmunterricht: Das Hallenbad wäre ein zentraler Ort mit moderner Infrastruktur für den Schwimmunterricht und für die Schulkinder wäre ein ausreichender und naher Schwimmunterricht gewährleistet.
3. Stärkung des Vereins- und Gemeinschaftslebens: Im Hallenbad können neben Schwimm- und Wassergymnastikkursen auch Trainings von Vereinen, z. B. SRLG sowie (kommerzielle) Kinder- u. Erwachsenenschwimmkurse als auch kleinere Wettkämpfe durchgeführt werden. Das trägt dazu bei, dass sich unterschiedlichste lokale Alters- und Interessengruppen unkompliziert sportlich betätigen können.
4. Steigerung der Akzeptanz für das Grossprojekt und die damit verbundenen finanziellen Aufwände: Durch ein breiteres Sport- und Freizeitangebot könnten neben Fussballbegeisterten auch nicht fussball-affine Einwohnerinnen und Einwohner für das Projekt werden.

eingereicht GGR vom 20. März 2025

sig.: Jörg Renner (SP), C. Nova, M. Schneider, S. Stalder, S. Dähler, M. Mordasini, P. Buri, Y. Dressler, M. Falk, K. Kistler, A. Tanner (Grüne), Ch. Burr, K. Ernst

Axioma #10545

10.3.75 Einfache Anfragen

23. Überparteiliche, einfache Anfrage betreffend Neuzuzüger:innen-Anlass; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Mit einem Neuzuzüger*innen-Anlass kann die Gemeinde Ostermundigen punkten. Vor einigen Jahren gab es in Ostermundigen bereits einen Anlass, bei dem Neuzuzüger*innen willkommen geheissen wurden. Die Gemeinde stellt sich vor, die Neuzuzüger*innen kommen an diesem Anlass mit Ostermundiger*innen in Kontakt.

Die Vereine, wie auch die verschiedenen aktiven Parteien in Ostermundigen, haben die Möglichkeit, mit den Neuzuzüger*innen in Kontakt zu treten.

Fragen

1. Kann sich die Gemeinde Ostermundigen vorstellen, wieder einen Neuzuzüger*innen-Anlass durchzuführen?
2. Weshalb wurde der Neuzuzüger*innen-Anlass eingestellt?
3. Welche Chancen sieht die Gemeinde bei einem solchen Anlass?

eingereicht GGR vom 20. März 2025

sig.: Kerstin Kistler (SP), M. Zürcher (EVP), A. Tanner (Grüne)

Axioma #4944

a) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, **e = erledigt**, **ne = offen, sollte erledigt sein**

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- ständig	Kommentar	Sta- tus
2103/ 1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abgelehnt	ne

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Daniela Feller

Jürg Kumli

Die Stimmzählerin:

Der Stimmzähler:

Kathrin Balmer

Markus Truog